

Auslegungsfrist gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB

Gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB ist der Entwurf des Deckblattes Nr. 1 für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, oder bei Vorliegen eines wichtigen Grundes für die Dauer einer angemessenen längeren Frist öffentlich auszulegen. Ein gewichtiger Grund für eine Verlängerung der Frist über einen Monat hinaus ist im vorliegenden Fall trotz der überdurchschnittlichen Anzahl an vorliegenden Stellungnahmen und Gutachten nicht gegeben, da diese in der Gesamtheit in ihrem Umfang und ihrer Komplexität nicht über das übliche Maß hinausgehen und somit von der Öffentlichkeit innerhalb der Frist von einem Monat ausreichend erfasst werden können. Die ausliegenden Stellungnahmen sind im Einzelnen folgende:

- Umweltbezogene Stellungnahmen aus der Beteiligung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB: Umfang 14 Seiten
- Vorabschätzung zur spezielle artenschutzrechtliche Prüfung: Umfang 30 Seiten
- Orientierende Altlastenuntersuchung: Umfang 7 Seiten, mit 59 Seiten als Anlage
- Ergänzungsbericht zur Altlastenuntersuchung: Umfang 2 Seiten, mit 12 Seiten als Anlage
- Schalltechnische Untersuchung: Umfang 11 Seiten, mit 9 Seiten als Anlage